

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 23.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Gebührenungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln, den 10. Juni 1910.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Der Friede im Baugewerbe gesichert.

Nicht weniger wie 6 Wochen hielt der Kampf bereits an, als die Einigungsverhandlungen im Reichsamte des Innern begannen. Wir haben über die Einleitung dieser Verhandlungen bereits in der vorigen Nummer berichtet. Nunmehr ist mitzutellen, daß zwar nicht die Verhandlungen zu einem Erfolg geführt, aber die auf Grund der Verhandlungen von den drei Unparteiischen gemachten Vorschläge die Zustimmung der außerordentlichen Verbandstage der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisation gefunden haben.

Nachdem die Verhandlungen ein greifbares, für die Erledigung der Differenzen brauchbares Ergebnis gezeitigt hatten, wurden seitens der Unparteiischen Vorschläge ausgearbeitet, die im wesentlichen folgendes besagen: Die Arbeitszeit bleibt im allgemeinen dieselbe wie bisher. Wo sie länger wie 10 Stunden ist, wird sie auf 10 Stunden verlegt. Ueber eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, darf, wo die Verhältnisse die Verkürzung erfordern, örtlich verhandelt werden. Die Lohnform bleibt wie bisher; ebenso auch die Bestimmung bezgl. der Akkordarbeit. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation dürfen nicht stattfinden. Zur Erledigung von Streitigkeiten werden örtliche Schlichtungskommissionen gebildet. Wird hier und an einer sonst durch den Vertrag gebildeten höheren Instanz eine Einigung nicht erzielt, so geht die Angelegenheit an ein Zentralschiedsgericht, bestehend aus drei Arbeitern, drei Arbeitgebern und drei Unparteiischen. Falls sich eine Zentralorganisation bei der Erledigung von Differenzen durch die Schlichtungsinstanzen nicht fügt, hat die Gegenpartei das Recht, vom Vertrage zurückzutreten. Die Verträge gelten bis zum 31. März 1913.

Mit diesen Vorschlägen wurden den Parteien zwei Anträge überreicht, wovon der erste ein vollständig ausgearbeitetes Vertragsmuster ist, und die andere protokollarischer Erklärungen abgibt über die Art, wie sich die Parteien an den einzelnen Orten zu verständigen haben und sonstige Punkte, die in den Vertrag nicht aufgenommen werden. U. a. wird hier erklärt, daß die Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche mit dem Ausschlusse des Rechtsweges aus dem Vertrag ausgeschlossen ist.

Als Bedingung knüpften die Unparteiischen an ihre Vorschläge, die ein unzerstörbares Ganze bilden, folgendes:

Die Zentralorganisationen haben bis Montag den 6. Juni dieses Jahres, dem Reichsamte des Innern ihre Erklärung über die Annahme der Vorschläge einzureichen. Im Falle der Annahme haben die Verhandlungen über den Abschluß der örtlichen Verträge sofort zu beginnen, die abgeschlossenen Verträge sind längstens bis Montag den 13. Juni, vormittags 10 Uhr, an die Zentralorganisation zur Genehmigung einzureichen. Kommt in einem Vertragsgebiete bis dahin kein Vertrag zustande, so sind die Vorschläge der Partei bis zu gleichem Zeitpunkt einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Schiedsgericht besteht aus drei vom Arbeitgeberbund und drei von den Zentralverbänden der Arbeiter ernannten Vertretern, sowie aus den drei unterzeichneten Unparteiischen. Das Schiedsgericht tritt am 13. Juni d. J. zusammen und entscheidet endgültig. Spätestens am 15. Juni d. J. wird die Aussperrung aufgehoben.

Berlin, im Reichsamte des Innern am 31. Mai 1910.
Dr. Deuller, Dr. Premer, Dr. Wiesfeldt.

Die außerordentlichen Generalversammlungen der beteiligten Organisationen haben am 6. Juni beschlossen, sich den Vorschlägen der Unparteiischen zu fügen. Die Opposition war allenfalls, mit Ausnahme bei den Sozialdem. Zimmerern gering. Letztere nahmen die Vorschläge nur mit einer knappen Mehrheit an.

Der Friede ist demnach gesichert. Die noch zu erledigenden Fragen müssen an den einzelnen Orten erledigt werden. Ist eine Einigung unmöglich, so entscheidet das erwähnte Schiedsgericht. Die Aussperrung hat dann bis zu ihrer Beendigung gerade zwei Monats gewährt.

Ueberblickt man das Resultat, so fällt der Erfolg der Arbeiter sofort auf. Der Arbeitgeberbund hat mit seiner Anteil eine Niederlage erlitten, an die er lange denken wird. Die Forderungen, die er aufstellte, mußte er fahren lassen. Der zentrale Vertragsabschluß kommt nicht zustande. Die Arbeitszeit kann, wo sie 10 Stunden beträgt, nach den örtlichen Verhältnissen weiter verkürzt werden; bezgl. der Akkordarbeit bleibt es beim alten; der einseitige Arbeitsnachweis der Arbeitgeber findet nicht die gewünschte Anerkennung; die Einstellung von Arbeitern ist Sache des einzelnen Arbeitgebers und jede Maßregelung untersagt. Wie schön hätte sich der Arbeitgeberbund die Sache gedacht! Nun ist alles anders gekommen.

In allen prinzipiellen Fragen gehen die Arbeiter als Sieger aus dem Kampfe hervor. Sie, die sie nicht anders wollten als die Beibehaltung der bisherigen Zustände an, sind durch die Beibehaltung der bisherigen Zustände, haben die Recht

erhalten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die örtlichen Abmachungen über die Lohnhöhe und die sonstigen materiellen Bestimmungen der Verträge für die Arbeiter ebenfalls befriedigend ausfallen. Nachdem die Bauarbeiter durch den vor zwei Jahren abgeschlossenen Vertrag durchweg eine Lohnerhöhung nicht erhielten, steht zu erwarten, daß das Verfaumte jetzt nachgeholt wird.

Der Arbeitsnachweis und die Gewerkschaften.

Es ist nicht leicht, ein völlig klares Bild über den Stand der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung zu gewinnen. Obwohl fast jedes Gewerkschaftstatut die Errichtung oder wenigstens doch die Förderung von Arbeitsnachweisen als Aufgabe der Arbeiterorganisationen hinstellt, gibt es bis heute keine allumfassende Statistik über diese Tätigkeit. Seine Begründung findet diese Tatsache in der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse, der gewerblichen Zustände und der Erkennung der Pflicht in der Frage der Arbeitsvermittlung durch Kommune und Staat. In den kleinen Städten kann eine Gewerkschaftsgruppe die Arbeitsvermittlung mit nennenswerten Erfolgen kaum in die Hand nehmen, weil der Arbeiter durch Umschau schließlich leichter zu seinem Ziele kommt. Meistens trägt auch die Kenntnis der Arbeiter von der ganzen Verfassung ihres Gewerbes und des Personenkreises am Orte dazu bei, schnell wieder Arbeit zu erhalten, falls solche zu bekommen ist. In den größeren Städten ist die gewerkschaftliche Arbeit vielfach abhängig von einer Person, die ganz im Dienste der Sache steht; von dem Funktionieren des städtischen, des einseitigen Arbeitgebernachweises oder auch beruflicher Nachweise, die durch Innungen usw. ins Leben gerufen wurden. Dazu ist in manchen Gewerben die private Arbeitsvermittlung stark im Schwunge, sodaß von einheitlichen Arbeitsmethoden und einer durchgreifenden Tätigkeit der Gewerkschaftsarbeitsnachweise nicht gesprochen werden kann.

Auch die historische Entwicklung der Arbeitsvermittlungsforderung wirkt auf die diesartige Tätigkeit der Gewerkschaften ein. Da ist es im Matheft des „Arbeitsmarkt“ interessant zu lesen, in welcher Weise sich eine Wandlung im Lager der sozialdemokratischen Gewerkschaften vollzog. Theodor Leipart, der Vorsitzende des soziald. Holzarbeiterverbandes, legt in einem längeren Artikel des genannten Heftes, das einzig der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung gewidmet ist, dar, wie in jenem Lager der Umschwung vom einseitigen Gewerkschaftsarbeitsnachweis, bis zum obligatorischen paritätischen Fach-Arbeitsnachweis vor sich ging. Zwar haben die soziald. Gewerkschaften bis in unsere Zeit hinein auf dem prinzipiellen Standpunkte gestanden, daß der Arbeitsnachweis allein die Hände der Arbeiter gehöre. In der Praxis hat man sich jedoch nach und nach zu Konzeptionen an andere Formen der Vermittlung bereit gefunden. Leipart findet das sehr vernünftig, da ja „Gott sei Dank“ auch nicht alle Arbeitgeber die Parität als Unmöglichkeit erklärten. Heute gilt den maßgebendsten soz. Gewerkschaften der obligatorische paritätische Arbeitsnachweis als das zunächst zu erstrebende Ziel. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die soziald. Gewerkschaften mit dieser Art der Vermittlung nicht nicht schlecht gefahren. Was unersetzlich noch nie bezweifelt worden ist.

Mit gebundener Marschroute sind bezgl. des Arbeitsnachweises von vornherein die christlichen Gewerkschaften auf den Plan getreten. Sie standen von jeher auf dem Standpunkte, daß die Arbeitsvermittlung gemeinsam in die Hände aller an der Arbeit interessierten Faktoren gehöre und nicht in die Hand einer Partei. Von Anfang ihres Bestehens an haben sie den paritätischen Arbeitsnachweis für die ideale Vermittlung gehalten. Von ihrer Seite ist deshalb auch nie versucht worden, den Arbeitsnachweis zum Kampfmittel der Gewerkschaften zu machen. Die bestehenden Nachweise innerhalb der christlichen Gewerkschaften dienen deshalb auch lediglich der Ergänzung sonst bestehender Nachweise und der Unterstützung der einzelnen arbeitslosen Mitglieder. Im letzteren Falle hat das Bemühen der Gewerkschaft, das arbeitslose Mitglied bald wieder in Arbeit zu bringen, meistens den doppelten Zweck, die Gewerkschaftskasse bezüglich der arbeitslosenunterstützung zu entlasten.

Kollege Brauer, vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, bringt zu der Frage: Die

christlichen Gewerkschaften und der Arbeitsnachweis“ höchst beachtenswertes Material in dem schon genannten Matheft des „Arbeitsmarkt“. Namentlich ist der praktischen Tätigkeit der christl. Gewerkschaften auf diesem Gebiete ein beträchtlicher Abschnitt des Artikels gewidmet, ein Vorzug, der den Leipartischen und noch mehr den nachfolgenden Goldschmidtischen Ausführungen über die Stellung der Kirch-Dunkerischen Gewerksvereine abgeht. Den interessierten Kollegen können wir nur empfehlen, sich vom Verlage Georg Reimer, Berlin W. 35, zum Preise von 20 Pfg. (ohne Porto) die Mainummer des „Arbeitsmarkt“ kommen zu lassen. Sie finden hier eine Fundgrube, die reiches Material zur Frage „Arbeitsvermittlung und Gewerkschaften“ bietet. Neben der Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Arbeitsvermittlung finden wir hier auch diejenige der Gewerkschaften, (größtenteils allerdings der sozialdemokratischen) Österreichs, Italiens und Englands.

Ohne irgend eine andere Form der Vermittlung in ihrer Eigenart zu unterschätzen, darf wohl gesagt werden, daß die christlichen Gewerkschaftler durchweg Anhänger des öffentlichen, unter paritätischer Leitung stehenden Arbeitsnachweises sind. Die Nachteile dieser Form der Vermittlung gegenüber dem rein fachparitätischen Nachweis werden vielfach übertrieben, da „öffentlich“ und „bürokratisch“ zu sehr als eins betrachtet werden. Solange freilich Kommune und Staat an eine Erfüllung ihrer Aufgaben auf diesem Gebiete sich nicht heranwagen, wird den zunächst beteiligten Kreisen, Arbeitern und Arbeitgebern, nichts anderes übrig bleiben, als unter möglicher Wahrung aller in Frage kommenden Interessen einen modus vivendi zu schaffen.

Jugend, Christentum und Arbeiterbewegung.

Mit allen Mitteln sucht die Sozialdemokratie die Jugend für ihre Ideen zu gewinnen. Partei und Gewerkschaften wetteifern im Kampfe um die Jugend um den größten Erfolg.

Bei dem Ringen um den Erfolg wird nicht veräußert, mit der größtmöglichen Geringschätzung von der Fürsorge zu reden, die man in christlich gesinnten Kreisen der Jugend angedeihen läßt. In die Reihen derer, die sie handeln, ist auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ eingetreten, die aus der Feder ihres bekannten Mitarbeiters n. — in ihrer Nr. 23 einen Artikel „Fromme Jugendfreunde“ betitelt, zu dieser Materie bringt. Der Inhalt der Abhandlung ist kurz der: Ein geistlicher Abgeordneter hat gesagt, daß der Religionsunterricht in der Schule für die Erziehung des Kindes nicht genüge. Was der Religionsunterricht gut mache, könne ein freizeitlicher Lehrer bei der Behandlung anderer Unterrichtsfächer wieder verderben. Es müsse deshalb darauf gedrungen werden, daß der gesamte Unterricht in der Schule von christlichem Geiste durchdrungen sei. Ein solches Gerede stelle der „christlichen Weltanschauung“ ein schlechtes Zeugnis aus, denn es werde zugestanden, daß die Kinder, wenn sie zwischen Dogma und Wissenschaft zu wählen hätten, das Dogma fahren ließen. Der „Klerikalismus“ wolle mit Machtmittel ein innerlich brüchiges System stützen. In den „stark ultramontanen“ Gegenden gelte das Wort „Je frummer, je dümmer und desto schlimmer.“ Die sozialdemokratische Erziehung werde aber unterdrückt. Statt dessen werde eine Erziehung gefordert, die nicht zulasse, daß sich der Arbeiterstand nicht so schnell der „Armes der Bergweilenden“ in die Arme werfe. Der Sieg werde dennoch auf Seiten der Sozialdemokratie sein.

Das der langen Rede kurzen Sinn! Da die „Holzarbeiter-Zeitung“ (ein Gewerkschaftsblatt) es ist, das so schreibt, wird nicht nur auf's neue damit bewiesen, daß die Erklärung der Religion zur Privatfache eine sozialdem. Phrase ist, sondern auch die sog. „freien“ Gewerkschaften die Religion bekämpfen, weil sie nach ihrer Auffassung mit der „Wissenschaft“ nicht zu vereinbaren ist. Kein Wunder, wenn uns aus diesem Lager heraus der Ruf entgegenkommt: „Fort mit der Erziehung der Kinder im Sinne der christlichen Weltanschauung!“ Nach sozialdem. Lehre können die Kinder ganz gut ohne Religion erzogen werden, um zu ordentlichen Menschen heranzuwachsen.

Eigentlich eine recht sonderbare Art diese sozialdemokratische Jugenderziehung! Während sie den Kindern verbietet, in Fragen der weltlichen Wissenschaft, der Kunst usw. mitzureden, gestattet man ihnen in Fragen der Religion, nicht nach dem berufensten Lehrern zu hören, sondern gibt jedem unreifen Kopfe die Erlaubnis, über Gott und das Ewiges nach seinem persönlichen Empfinden zu urteilen. Wo sonst das Edle und Große nur in selbstverleugnender Arbeit gewonnen wird, wird hier das Allergrößte zum Spielball des ersten Eindrucks und der Zweifelsucht gemacht.

Was versteht denn übrigens ein Sozialdemokrat von Religion? — In den allermeisten Fällen gilt sie ihm nur als

Mittel zur Niederhaltung des Volkes. Sie schwören auf die Wahrheit dessen, was Bebel einst im Reichstage sagte: „Wir wissen genau, daß bei einem Teil der herrschenden Klassen die Religion nur ein Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes ist, daß, wo die Macht des irdischen Gendarmen nicht ausreicht, der himmlische Gendarm einspringen müsse.“

Diese Loren! Freilich, wer selbst alles das über Bord geworfen, oder auch nie Empfinden für das gehabt hat, was man Religion nennt, der wird schwerlich in der christlichen Lehre einen Anhalt und eine Stütze in der Erringung besserer Zustände für die gesamte Menschheit zu erblicken vermögen. Wie sagt doch der Dichter: „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen!“ Die Unkenntnis der Sozialdemokraten in religiösen Fragen, zum allgemeinen Grundsatz zu erheben und dem Kinde schon in die zarte Seele, anstatt die erhabenen Lehren des Christentums, den Materialismus in seiner Geist und Herz tödenden Krankheit einzupflanzen, ist ein Verlangen, gegen das sich jedermann sträuben müßte. Es ist einfach nicht wahr, daß die materialistische Weltanschauung der christlichen überlegen ist. Wahre Freiheit, wahre Kultur wird uns die von der „Holzarbeiter-Zeitung“ verlangte antireligiöse Erziehung der jungen Menschenkinder niemals bringen. Wo Gewalt und Macht vor Recht und Gesetz gestellt werden, wie das dem inneren Wesen der Sozialdemokratie entspricht, da kann Wohlstand und Ordnung, „das größtmögliche Glück für die größtmögliche Masse“, niemals gedeihen.

Davon durchdrungen, führen die christlich gesinnten Elemente unseres Volkes den Kampf für die Erziehung der Jugend im christlichen Sinne. Und wenn sie die gesamte Unterrichtslosigkeit eines Lehrers in diesem Sinne ausgeübt wissen wollen, kann man ihnen das verdenken? Handelt nicht so die Sozialdemokratie ebenso? Betrachtet sie nicht alle Dinge aus dem Gesichtswinkel des Materialismus heraus? Ist ihr letzter nicht Glaubenssatz für Vergangenheit und Zukunft? Was also dem einen Teil recht ist, kann dem anderen nur billig sein, zumal, wenn er sich der Wahrheit auf seiner Seite versichert weiß. Uns christlichen Arbeitern ist unsere Weltanschauung noch nie ein Hemmnis für die Arbeit an der kulturellen Hebung unseres Standes gewesen. Im Gegenteil! Je fester und tiefer der einzelne die sittlichen Ideale des Christentums erfährt, umso mehr wird er in ihnen Triebkräfte eines reinen, nur dem Wohle der gesamten Menschheit dienenden Wirkens finden. Die christlichen Arbeiter wissen deshalb auch insbesondere jenen von der Sozialdemokratie angezeigten geistlichen Dank, die selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen und deshalb die Räte des letzteren gut kennend, nicht ablassen, die Bestrebungen zur antireligiösen Erziehung der Jugend zu bekämpfen.

Was würde uns übrigens die von der Sozialdemokratie verlangte Erziehung der Jugend bringen? Wir sind gewiß, daß sie die „Armee der Bergweiser“ ganz beträchtlich vermindern wird, und daß sie der Sozialdemokratie als Partei der Bergweiser in die Hände arbeitet. Da mögen die roten Blätter noch so viel schreiben von der „Streikbewusstheit der Sozialdemokraten“, der tiefer in die Frage Eindringende weiß, daß die Anhänger der Sozialdemokratie in der großen Mehrheit nicht durch den Glauben an den Sieg der sozialistischen Lehren, sondern durch die Verzweiflung an einem Lebensspiele gewonnen werden. Aber von den Massen der Sozialdemokratie als „aufgeklärten, selbstbewußten Menschen“ redet, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Hier gilt das Wort: Je roter, je verbotener. Denn man muß aber auch nur ein Gebot des weiten kulturellen Lebens, auf denen die Sozialdemokraten den christlich gesinnten Arbeitern, soweit sich diese zur Zeit aufgerafft haben, voraus hat! Geringere wird man nicht langem können, daß es alle, die an sich selbst verzweifeln, die auf dem Wege sind, „Bauernmärchen-Gebalten“ zu werden, zur Sozialdemokratie hinzieht. Wo aber von Jugend an die Wahrheit der christlichen Weltanschauung früh schon in ein Kinderspiel gepflanzt wurde und wo die Tat von jeder Heber Hand als das Wort, da wird die Sozialdemokratie schwerlich Eroberungen machen. Religion und Wissenschaft stehen nicht in Widerspruch, aber wohl Religion und Sozialdemokratie. Letztere hat durchaus nicht das Recht, sich als Partei der Wissenschaft zu bezeichnen. Wäre sie das, dann müßte auch sie den Grundlag geben lassen, daß nicht die Freiheit des Denkens eines jungen Menschen die Wege zu seinem und seiner Zeitgenossen Glück weilt. Nebenbei wird die menschliche Betätigung eingepengt durch Schranken, die nur dem Wohle der Menschheit dienen können. Das Gesetz ist zu finden, wo nur immer Menschen wohnen. Und da sollte der Mensch in der Erreichung höchster Ziele und Güter sich selbst überlassen sein? Gehen für die gesamte Menschheit nicht ewige Güter? Und zeigt die christliche Weltanschauung die Wege, die wir zu gehen haben.

Darüber werden ungeduldige Geister
 nach der Bekämpfung einer Höhe jagen;
 Der Gesetz will, daß sie sich zusammenziehen.
 In der Bekämpfung zeigt sich erst der Reiter,
 Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.

Stimmen zum Verbandslage.

Verfolgen wir die Statistiken betr. der gewerblichen Arbeiter Deutschlands und die der organisierten Arbeiterchaft, so erkennen wir, daß noch große Massen gewerblicher Arbeiter der Organisation fernstehen. Vergleichen wir unsere Mitgliederzahlen der letzten 4 Jahre, so erkennen wir, daß unter Mitgliederstand sich kaum nennenswerth vergrößerte. Beide Tatsachen sprechen mit größter Deutlichkeit und mit aller Kraft, daß wir nicht mehr wie bisher die Bergarbeit, die Agitation, betreiben müssen, unser Mitglieder

Verbandsstag wird sich auch diesmal hiermit zu befassen haben, wie ja auch unser Zentralvorstand darauf hinwies. Eine ganz andere Frage ist es aber, wie soll in Zukunft dieselbe gestaltet werden, um Erfolg zu haben?

Die Agitation erfordert in E. verschiedenartige Vorbedingungen: Plausibilität und von bestmöglichen Kollegen betriebene. Gerade der letzte Punkt ist ein „Schmerzpunkt“. Wenn man Agitation betreibt, so fällt einem auf, daß dieselbe grundverschieden zu betreiben ist in bezug auf Stadt und Land. Während auf dem Land eine allgemeine Gleichgültigkeit der indifferenten Masse vorherrscht, ist in der Stadt zu beobachten, daß hier schon mehr die Weltanschauungsfrage mitspielt. Für beide Teile ist aber als feststehend zu bezeichnen, daß unsere christliche Arbeiterbewegung noch zu wenig Allgemeingut geworden ist. Der Kollegen, die die Agitation betreiben, sind leider nur wenige, besonders in schwierigen Gegenden. Wenn man hierfür etwas verantwortliche machen will, so ist es ganz sicher die eigene Unkenntnis in der Arbeiterbewegung. Ein Agitator muß vor allem das Ideal der Arbeiterbewegung erkannt haben, und dieses Erkennen läßt die Widerwärtigkeiten mit Opferfreudigkeit ertragen.

Es wäre also vor allem eine geistige Schulung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute mehr wie bisher am Platze, da sich doch nur aus diesen hauptsächlich die Agitatoren rekrutieren. Diese Schulung käme unserem ganzen Verbande zugute, indem dann die Zahlstellen nach innen und außen gesiegt beständen, und auch alsdann der Nachwuchs gesichert ist. Da gerade in den letzten Jahrzehnten besonders die Weltanschauungsfrage in der Arbeiterbewegung immer deutlicher zutage tritt, so ist die geistige Heranbildung erst recht am Platze. Ich habe öfters die Erfahrung gemacht, daß ich bei Kollegen, die sich um nichts bekümmerten und nur ihre Beiträge zahlten, bei wiederholten Ausprägungen in dieser Beziehung ihr Interesse wecken konnte und sich nach einiger Zeit als Funktionäre in der Zahlstelle verwenden ließen. Gewiß sollte dies in den älteren Zahlstellen schon längst so weit sein, aber die augenblickliche Tatsache unseres Stillstandes ist nun da, und muß jetzt nachgeholt werden, was bisher versäumt wurde.

Betrachten wir die Mitgliederzahl unserer Gegenorganisation, so können wir fest davon überzeugt sein, daß tausende ihrer Mitglieder den Standpunkt der materialistischen Weltanschauung nicht vertreten. Als Beweis diene die große Zahl der konfessionellen Vereinsmitglieder, die den sozialdemokratischen Gewerkschaften noch angehören. Nicht immer Böswilligkeit ist es, daß sie uns fern bleiben, sondern noch mehr die große Unkenntnis in der Weltanschauungsfrage der Gewerkschaftsrichtungen. Hier liegt noch ein großes Agitationsgebiet vor uns. Hier kann nur Belehrung von Mund zu Mund zum Ziele führen. Hier ist uns auch der Weg gezeigt, wo jeder Gewerkschaftler auch auf konfessionellem Gebiet hingehört und wie er sich hier heiligen muß, um seiner Sache zu dienen. Dies ist auch ein Stück Agitation.

Die geistige Schulung ist nun ziemlich schwierig mancherorts durchzuführen. In manchen Städten oder Zahlstellen läßt sich fast kein Unterrichtskursus abhalten, da kein Interesse unter den Kollegen vorhanden ist. Die größeren Zahlstellen müßten daher in E. dazu übergehen, in den Vorstands- und Vertrauensmännerrichtungen Ausprägungen herbeizuführen, um wenigstens Interesse zu wecken. Eine Besprechung an Hand eines Artikels unseres Organs oder Zentralblattes, welcher sich mit der Arbeiterbewegung oder Weltanschauung befaßt, führt oft zum Ziel. Man macht öfters dabei die Wahrnehmung, daß ganz verschiedenartige Auffassungen über die betr. Frage vorhanden sind — wenn der Artikel überhaupt gelesen wurde. Bekanntlich werden leider gerade solche Artikel nicht gerne gelesen.

Möge der Verbandsstag in diesem Sinne diese Frage behandeln und Mittel finden, daß auch solche Beschlüsse zur Durchführung gebracht werden müssen, um auch die Agitation endlich erfolgreicher zu gestalten.
 Ludwig Vertling, Mainz.

Der einigen Jahren war in unserem Verbandsbezirk das Bezirksvorsteheramt eingeführt. Seit ist dieses, so gut ich weiß, eingegangen. Wie wäre es, wenn dieses System wieder neu eingeführt würde? Es müßte allerdings eine etwas andere Form gewählt werden. Ich habe mir die Sache in folgender Weise gedacht: Der Bezirksvorsteher sucht sich diejenigen Kollegen, welche er für einen solchen Posten befähigt glaubt, aus, beruft diese zu einer Konferenz zusammen, teilt mit diesen Kollegen den großen Bezirk in kleinere, untere Bezirksbezirke ein. Es wäre alsdann Aufgabe eines solchen Bezirksvorsteheramtes, eine planmäßige Agitation in seinem Bezirk zu betreiben. Derselbe müßte alsdann selbstverständlich auch jedes Vierteljahr dem Bezirksvorsteher und ebenfalls den ihm unterstellten Zahlstellen seines Bezirkes Bericht erstatten. Die größeren Städte mögen durch ein solches System keinen großen Nutzen haben, aber insbesondere die kleineren Städte und Landorte.

Ein Punkt sei noch berührt, die Branchenagitation. Eine Organisation wie die unsere, die mit so vielen Berufsgruppen zu rechnen hat, ist gezwungen, in allen Branchen eine planmäßige Agitation zu betreiben. Hier im Oberhessischen sind noch circa 5-600 Arbeiter der Korblinndruckerei zu organisieren; ebenso ist im Wagensbau und in der Barbenindustrie noch mancher Kollege zu gewinnen. In anderen Teilen Deutschlands sind die Verhältnisse ähnlich. Der Bezirksvorsteher kann überall nicht sein, heißt sich die Besuche zu groß. Deshalb kann nur die planmäßige Arbeit, welche von einem Bezirksvorstehermann, dem nur 3 oder 4 Zahlstellen zugehört sind, geleistet wird, von Erfolg gekrönt sein.
 M. Göttinger, Dillenburg i. D.

Die Arbeiterchaften, wie sie Kollege Hinkel-Düffeldorf empfiehlt, haben in der letzten Zahlstelle großen Anklang. Ferner ist man hier der Meinung, daß es den Bezirksvorstehern zur Pflicht gemacht werden sollte, wenigstens einmal im Jahre die Zahlstellen des Bezirkes zu besuchen. Dadurch der Branchenaufklärung haben wir für sehr notwendig, daß eine solche für Säcker eingeführt wird, die sich bei für unsern Verband leisten konnte. Dazu gehört auch die Heranzugabe eines besondern für diesen Zweck bestimmten Hauptblattes. Falls an eine Einführung der Besuche nicht herangezogen werden sollte, sollten wir eine Einsetzung der

selben für überflüssig, da der Beitrag ja doch nicht unter 50 Pf. heruntergehen kann.
 Kapitl. Stumpf, Aachen

Auf dem diesjährigen Verbandsstag ist gewiß noch manches regeln. Erstens sollte man beschließen, den Beitrag von 50 Pf. bzw. 25 Pf. voll an der Zentrale abzuliefern, damit die Kassenrechnung endlich forschrift. Dann sollte man auch endlich daran denken, die Arbeitslosenunterstützung besser auszubauen weil dieselbe unseren jetzigen Verhältnissen nicht mehr angepaßt ist. In Zeiten einer wirtschaftlichen Krise wird in allen Zeitungen und Versammlungen über die Arbeitslosenversicherung geschrieen und gesprochen. Dann soll Vater Staat helfen; wenn aber wieder eine günstigere Konjunktur kommt ist jedoch alles still.

Am nächsten liegt uns nun doch wohl die Selbsthilfe. Sollte man in den guten Jahren vorbauen und nicht in den schlechten Jahren lamentieren. Meiner Meinung nach sollte man auf dem diesjährigen Verbandsstag die Frage der Arbeitslosenunterstützung mal gründlich durchberaten und sie so gestalten, sich unsere Kollegen in Zeiten der Arbeitslosigkeit einigermassen über Wasser halten könnten. Sollte eine Verbesserung nicht mit den geleisteten Beiträgen vereinbar sein (nach meiner Ansicht ist das wohl zu vereinbaren), so möchte ich mal anregung eine Kasse einzurichten, ähnlich der Krankenkasse, um so den Kollegen die Gelegenheiten zu geben, sich gegen Arbeitslosigkeit höher versichern zu können. Bei der Arbeitslosigkeit ist die Unterstützung viel notwendiger wie bei Krankheit, weil da die Krankenkassen schon Erhebliches leisten.

Ein wichtiger Punkt, der wohl auf dem Verbandsstag derörterung wert ist, ist die Reiseunterstützung. Ich meine es nicht recht, mit Rücksicht auf diejenigen Kollegen, die schon mehrere Jahre unserem Verbandsangehören, die Tagesätze der Reiseunterstützung für alle Kollegen, die über ein Jahr Mitglied sind gleichmäßig zu berechnen. Es ist allgemein bekannt, daß in den größeren Städten die Kollegen mit einer Mark nicht auskommen können andererseits sie aber auch selten in ein oder zwei Tagen Arbeit halten. Da sollte man den reisenden Kollegen etwas entgegenkommen, indem man die Tagesätze der Unterstützung nach Maßgabe der geleisteten Wochenbeiträge stufweise erhöht, und nach der Größe der Stadt für mehrere Tage gewährt. Durch die Regelung würde man meiner Ansicht nach mehr Neiselust erreichen und die jungen Kollegen würden auch mehr Interesse an dem Verbandsangehören gewinnen. Die Fluktuation der Mitglieder würde aufhören und die Kollegen würden bestrebt sein, pünktlich die Beiträge zu zahlen, da sie dann die Aussicht haben, eine höhere Unterstützung zu bekommen. Der Höchstsatz der Unterstützung könnte ja beliebig bleiben, denn es ist doch selten, daß ein reisender Kollege die Höhe erreicht.
 G. L. Kerkling, Gelsenkirchen

Unsere Bewegung hat Ziele und Ideale, die vielleicht in mehreren Generationen nicht ganz und voll erreicht werden können. Deshalb muß es unsere Pflicht sein, uns einen gesunden, optischen und kampfesmutigen Nachwuchs heranzubilden. Fast möchte ich sagen, daß die Begeisterung, die unsere Bewegung erstarben hat und die die Kollegen bis in die letzten Jahre ermutigt, in der Gegenwart erlahmen wollte. Und doch ist es gerade in der Jetztzeit notwendiger denn je, daß unsere Kollegen, besonders die jungen Kollegen, mehr Idealismus und Energie an den Tag legen. Nicht nur das, was bisher erreicht wurde, wollen wir uns erhalten, sondern Neues hinzufügen.

Stillstand ist Rückgang. Dieser Gedanke wird auch den diesjährigen Verbandsstag hauptsächlich beschäftigen müssen. Wie bringen wir unsere Mitgliederzahlen vorwärts? Diese Frage der Lebensnerv für unsere Zukunft. In den Großstädten und Industriebezirken ist das Gros der Arbeiter, auch der Holzarbeiter, organisiert. Deshalb muß unsere Agitation mehr in die einzelnen Provinzen und ländlichen Bezirke eindringen. Besonders muß sich uns hier in Süddeutschland, speziell in Bayern, noch ein großes Agitationsfeld, wenn wir bedenken, daß von den Tausenden von Sägearbeitern kaum einige Hundert organisiert sind. In diesen Aermsten der Armeen zu helfen muß unsere höchste Aufgabe sein. Mag es auch große Opfer an Zeit und Geld kosten, muß die Hilfe jedes einzelnen Kollegen weit mehr herangezogen werden. Gerade in den kleinen Zahlstellen und ländlichen Bezirken hängt unsere Agitation viel zu sehr in der Luft. Ich möchte ich einigen Gedanken Ausdruck verleihen, die sicher auch mehr Kollegen mit mir teilen. Es sollten kleinere Bezirke gebildet werden, in denen dann jährlich ein bis zwei Konferenzen abgehalten werden. Auf diesen sollten dann die Zahlstellenverordnungen in den Verwaltungsgeschäften weitgehend gestützt werden. Daß es hier noch vielerorts fehlt, kann niemand leugnen. Dadurch würde vielleicht in einem gewissen Grade auch der großen Mitgliederfluktuation vorgebeugt, was das Leben in der Zahlstelle merklich gehoben. Dann würde auch durch die gegenseitige Aussprache und den Austausch der Erfahrungen die Agitation in festere Bahnen gelenkt. Hin und wieder könnte auch ein Hauptvorstandsmitglied an den Konferenzen teilnehmen; dadurch würde dem Hauptvorstande ein tieferer Einblick über die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden gegeben.

Die agitatorisch erfahrenen Kollegen sollten denn auch in die einzelnen Bezirke verstellt werden. Hier müßte allerdings der einzelne im Interesse der Allgemeinheit größere Opfer bringen. Es müßte schließlich auch daran gedacht werden, im Einzelnen den Kollegen, den ein allzu großer Verdienstausfall treffen würde von der Organisation einigermassen zu entschuldigen.

Der Hauptvorstand wird endlich auch daran gehen müssen den bayerischen Sekretariatsbezirk zu teilen in einen weiteren Kollegen freizustellen. Sollte man sich dazu jetzt noch nicht entschließen können, so möchte dem Kollege Schwarzger eine Hilfskraft beigegeben werden auf ein oder zwei Jahre, und die dann je nach den Erfolgen wieder entlassen oder definitiv angestellt wird. Bei der jetzigen Überlastung des Sekretariats ist es unumgänglich, die Agitation derart planmäßig zu betreiben, wie es im Interesse des Verbandes gelegen wäre.

Auch ein größerer Austausch der Redner in den Versammlungen könnte vorteilhaft sein. Der Jugendfrage wollen wir in Zukunft noch weit mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Vor allem muß noch mehr System in die Sache. Nicht könnte dadurch, daß man in größeren Zahlstellen Jugendausbildung, während in kleineren Zahlstellen diese Arbeit 1-2 Kollegen übernehmen und die dann ihre ganze Kraft nur diesem Zweck widmen, mehr Positives erreicht werden. Diese wären allerdings die dringlichen Verhältnisse nichtig studieren um so gemeine Maßnahmen zu geben. Man denke dabei auch an die Erfahrungen, eventuell zur Gründung eines Jugendsekretariats übergehen; ob in einem Gesamtverbande oder den einzelnen Zentralverbänden, wäre eine Frage der Zeit. Die Beschlüsse sollten sie und wieder derart gestaltet sein, daß besonders in jungen Kollegen Berichte darüber liegen. Im Organ und in Zukunft der Jugendfrage mehr Beachtung geschenkt werden muß.

Die Mitarbeiter der befristeten Kollegen, solche finden sich sicher auch in unseren Reihen, am Verbandsorgan wäre eine eigene Seite. Dadurch könnte man vielleicht dazu übergehen, das Organ wenigstens alle 14 Tage achtfach erscheinen zu lassen. Vielleicht könnte in dieser Frage, durch Errichtung einer Presse-Kommission mehr positive Arbeit geleistet werden.

Arbeit findet auch der diesjährige Verbandstag in Hülle und Fülle. Möge es gelingen, den idealen, opferfertigen Sinn in den Reihen der Kollegen zu heben und zu festigen. So wird auch der Verbandstag in Münster einen Meilenstein in der Geschichte unserer Bewegung bilden. Glückauf zur ersten Arbeit!

Johann Keller, Rempten i. Ndg.

gehalten werden und müssten die Anwesenden Bericht über die Erfolge resp. den Stand ihrer Zahlstellen geben. Es hätte dann der Bezirksleiter eine genaue Übersicht über seine Zahlstellen und die dem Bezirk zugewiesenen Zahlstellen hätten mehr Fühlung untereinander.

Möge der diesjährige Verbandstag uns einen guten Schritt vorwärts führen.

Leonhard Köstler, Württh.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen mahnen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. Juni bis 11. Juni fällig ist.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionsfrist einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Junge ist fernzuhalten

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Allenstein, Söln-Deuz (Gebr. Sachsenberg), Speyer, Triberg (Hermann & Sohn), Schwaz in Tirol, Exfeld (Stroulen), Zuffenhäusern.
- Lehrer: Darmstadt, Stuttgart.
- Drehler und Rundpolierer: Schönlanke, Triberg (Hermann & Sohn).
- Bürstenmacher: Augsburg.
- Schiffszimmerer: Söln-Deuz (Gebr. Sachsenberg).
- Stellmachern und Wagenfaktoren: Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes A.-G.)

Tarifabschluß in Ravensburg. Für das Schreinergerwerbe ist am Samstag zum ersten Male ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Wie bei vielen Vertragsabschlüssen, die erstmalig getätigt wurden, so gestalteten sich auch hier die Verhandlungen anfangs etwas schwierig. Die Arbeitgeber hatten in unheimlich langen Antwortschreiben zu den einzelnen Forderungen ihre ablehnende Stellung dargelegt. Nachdem, was hier alles gesagt wurde, hätte man überhaupt berechtigte Zweifel hegen können, ob es jemals auf friedlichem Wege zu einer Einigung kommen konnte. Aber man war zu Verhandlungen bereit und damit war eine Brücke geschlagen. Jedoch kam bei den ersten Verhandlungen, zwischen den Kommissionen der Arbeitgeber und -nehmer äußerst wenig heraus. Ja, das Zustandekommen eines Vertrages schien auch da noch aussichtslos. Darauf wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und auch da erschienen beide Parteien zu den Verhandlungen. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen kann als ein befriedigendes bezeichnet werden. Es wurde die 59stündige Arbeitszeit wöchentlich festgelegt; der Minimallohn ist auf 35 und 38 Pfg. normiert und die Stundenlöhne werden innerhalb der Vertragsdauer um 6 Pfg. pro Stunde erhöht. Für Überstunden werden 20% und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50% gewährt. Bei Arbeiten in Neu- und Umbauern wird eine Zulage von 3 Pfg. pro Stunde gewährt. Für auswärtige Arbeiten wird ein Zuschlag von 1 M. pro Tag bezahlt nebst Fahrt und Logis. An Stelle der bisherigen 14tägigen Lohnzahlung wird die stägige eingeführt und zwar freitags. Sind auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt worden, so ist doch ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. An den Kollegen liegt es jetzt, das Errungene hochzuhalten, um nachher weiter aufbauen zu können. Insbesondere müssen die Organisationsverhältnisse noch weiter gebessert werden. Nur dann ist es möglich, auch fernerhin die Interessen der Kollegen wahrnehmen zu können.

Erledigte Differenzen in der Möbelfabrik Stroulen, Exfeld. Nach der einmütigen Einreichung der Kündigung seitens der Arbeiter, sah sich die Firma veranlaßt, mit dem Arbeiterausschuß zwecks Verhandlungen in Verbindung zu treten. Denselben wurden schrittweise Zugeständnisse gemacht und zuletzt auch die Anerkennung des Vertrages zugestanden, mit der Maßgabe, daß bezüglich der Montage eine Verständigung erfolge und mit den über 60 Jahre alten Arbeitern besondere Lohnvereinbarungen getroffen werden könnten. Nachdem dieses geschehen und die Betriebsverfassung den getroffenen Abmachungen zugestimmt hatte, konnten die Kündigungen aufgehoben werden. Einigkeit macht stark, das zeigte sich so recht in diesem Falle. Wie bei dieser Bewegung, so muß es auch in Zukunft bleiben.

Erfolg der Bürstenarbeiter in Herford. Eine bei der Firma König und Böckle durchgeführte Lohnbewegung endete nach kurzer Arbeitsniederlegung mit einem guten Erfolge der Kollegen. Die Akkordarbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 7%; die Lohnarbeiter eine solche von 30 Pfg. pro Tag. Die wöchentliche Arbeitszeit wird um 1 1/2 Stunden (von 58 auf 56 1/2 Stunden) verkürzt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenstein. Ein roter Clown macht seit einiger Zeit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ seine Sprünge. Besonders hat dieser Held es auf unsere Vorstände und auf unsern Bezirksleiter abgesehen. Wir würden auf dessen Geschrei gar nicht näher eingehen, wenn es nicht den Anschein gewänne, als ob hier eine gewaltige Terrorismusgeschichte in die Welt geschickt wird, um den „armen“ Vorständen des sojd. Verbandes als roten Heiligen erscheinen zu lassen. Der „Genosse“ Hofer, so heißt der Vorstehende, steht nämlich in den Straßen von Altenstein Speyer. In jedem, der ihn etwas schief ansieht, steht er unsern Vorstehenden über den Kopf. So ging es eines Abends durch

die Straßen der Stadt, als in seinem Hirt plötzlich der Clown auftauchte, er würde von unserm zweiten Vorstehenden „verfolgt.“ Da unser Bezirksleiter mit dem stellvertretenden roten Genosse einige Tage später in Altenstein anwesend war, erschien der „Genosse“ Hofer und jammerte über seine „Verfolgungen.“ Schopohl sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu. Am selben Abend traf es sich, daß der „verfolgte“ Genosse mit seinem Bezirksvorsteher im „Hotel Koperntus“ von Schopohl, unserm zweiten Vorstehenden, Kollegen Bargel, vorgestellt wurde. Nun sah Hofer in der Klemme. Er mußte selbst zugeben, daß er sich geirrt habe. Von unserm Bezirksleiter wurde ihm gesagt, daß er wohl an Halluzinationen (Träumereien) leide. Er mußte diesen Vorwurf geduldig einstecken. Daß Hofer auch heute noch daran leidet, erhebt man auch aus der Notiz der „Holzarbeiter-Zeitung“, wo er sich fantasiert, unser Vorstehender habe den „Ueberfall herbeigeführt“, eine Zeile weiter aber den „Ueberfall“ einem Maurer und einem Tischler zugeschrieben wird, der vor 8 Wochen mal einen Beitrag bei uns geleistet hat. Der rote Berichterstatter scheint wohl zu der Sorte von Menschen zu gehören, die der Genosse Kuer so treffend mit „verfälschte Gerichte“ bezeichnete. Bei Altenstein befindet sich die Zrennanstraße Korkau. Sollte da vielleicht der rote Clown entwichen sein? Vielleicht ist dort die Kaltwassergelle zur Zeit leer und wäre es angebracht, den Strickfag dort hinein zu stecken, damit er in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht seine närrischen Sprünge macht.

Zoppot. Bei der jetzt mit einem guten Erfolge für die Kollegen beendeten Tarifbewegung war die Haltung der maßgebenden Stellen des sozial. Verbandes eine recht sonderbare und ist es wohl angebracht, weiteren Kreisen darüber Aufklärung zu geben. Wenn irgendwo etwas zu unternehmen notwendig war, dann in Zoppot. Nach dem 13 wöchentlichen Kampf im Jahre 1906, der uns immerhin des Mittelmens wert Verbesserungen brachte, setzte eine Laubzeit der Kollegen ein, die in Gemeinschaft mit der schlechten Konjunktur uns alle früheren Eroberungen wieder verloren gehen ließ. Anfangs dieses Jahres zog nun die Konjunktur an und blieb den einseitigen Kollegen nichts anderes übrig, als auf ein schnelles Handeln zu drängen. Als wir uns mit dem „freien“ Verband verständigten und die von uns bereits ausgearbeiteten Forderungen vortrugen, fand man zunächst letztere zu hoch. Selbst hatte man sich angeblich mit der Bewegung noch nicht befaßt. Als eine Einigung über die Forderungen erzielt war, hielten die „Freien“ den Zeitpunkt der Einreichung (10. März) für verfrüht. Dabei ist zu beachten, daß Zoppot ein Bad ist und die Hauptkonjunktur nur bis Ende März andauert, weil dann die Saison beginnt und größere Bauarbeiten nicht mehr begonnen werden dürfen. Dazu tauchten Gerüchte auf, die wissen wollten, daß der sozial. Verband uns bei einem eventl. Tarifabschluß ausschalten wollte. Dieses wurde später auch bestätigt, durch den vom sozial. Verband erteilten Vertragsentwurf, der nur den sozial. Verband als Vertragskontrahenten vorsah. Das von unserer Seite verlangte schnelle Handeln beantwortete man auf der anderen Seite mit der Hinzufügung der Bervielfältigung der Forderungen, sowie damit, daß man auf unsere Einladung hin weder zu einer Sitzung kam, noch irgend welche Nachricht gab. Endlich gelang es uns denn doch, den Stein ins Rollen zu bringen und gemeinsam den Vertragsabschluß zu erreichen.

Nunmehr schloß noch der Akkordtarif. Es gelang uns aber, die Arbeitgeber zu der protokolliert festgelegten Bestimmung zu verpflichten, daß sie denselben Akkordtarif anerkennen würden wie er in Dangzig zum Abschluß gelangte. Nachdem die Verhandlungen in Dangzig beendet waren, galt es, auch in Zoppot den Akkordtarif direkt zur Geltung zu bringen. Wiederrum fanden unsere Kollegen bei dem sozial. Verband keine Unterstützung. Aus allerlei Gründen fand der Vorstehende des sozial. Verbandes keine Zeit, bei den Arbeitgebern beifalls Unterstützung des Vertrags vorstellig zu werden. Er unterzeichnete für seinen Verband und überließ die Arbeit unseren Kollegen Tregner und Schopohl.

Als letztes galt es den Kostenpunkt der bei der Bewegung entstandenen Auslagen zu regeln. Zu diesem Zweck begaben sich unsere Kollegen Hoffmann und Tregner zu dem sozial. Vorstehenden Nikolau. Sie wurden nun in der unfreundlichsten Weise empfangen. Nikolau erklärte, daß sein Verband zu den Kosten nichts beitrage. Er warf unseren Kollegen Hinterlistigkeit vor (sicherlich weil sie die Arbeit gemacht haben) und drohte dafür sorgen zu wollen, daß die „paar Christlichen“ so schnell wie möglich aus Zoppot herausgebracht würden. Unsere Kollegen wiesen darauf hin, wer hinterlistig gehandelt habe, daß es der nur sei, der unsern Verband bei der Bewegung ausschalten wollte. Wenn jemand ehelich bestrift gewesen sei, eine Sache auf dem schnellsten Wege zum Abschluß zu bringen, dürfe man ihm nicht hinterlistig vorwerfen. Eben derjenige, der die Sache zuzumachen sollte, sei dafür zu feige gewesen. Darauf forderte Nikolau die Kollegen auf, seine Wohnung zu verlassen, widrigenfalls er sie wegen Hausfriedensbruch belangen werde.

Das Verhalten der „Genossen“ in Zoppot wird diese indessen nicht davon abhalten, zu erklären, die „Christlichen seien Arbeitervertreter“, „Streikbrecher“, „Arbeiterzerfplitterer“ usw., während der sozial. Verband sich allein der Interessen der Kollegen annähme. Wir kennen unsere Pappenhäuter!

Gewerkschaftliches.

Die Macht der christlichen Gewerkschaften geht merkwürdig das judenliberale „Berliner Tageblatt“ (Nr. 244) in einem Artikel „Schlotjunker“ ein. Das Blatt beschäftigt sich hier mit den Scharfmachern im hochindustriellen Reichsdeutschland und sagt u. a.:

„Wohl lassen die Schlotjunker die Sozialdemokraten, die die Arbeiterschaft politisiert und die Hände, von ehemals zu einseitigen Handeln zusammengefaßt haben. Aber in dieser und heftiger noch als die Sozialdemokratie lassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ verborben. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich der wirtschaftliche Kampf vor dem hoch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „atheistisch, animalisch und resolutionslos!“ Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungspartien“ ableiten. Wie überzeugend klang die bildere Forderung „gegen den inneren Feind“ mußten alle zusammenstehen und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze entgegungsvoll zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es Parte christliche Organisations gibt, die kirchlich, national und monarchisch gesinnt sind und die wirtschaftliche Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchsetzen.“

Das Blatt kann nicht Unrecht haben.

In Nr. 21 des „Holzarbeiter“ wurden drei Anträge zum diesjährigen Verbandstag veröffentlicht, die die Lokalkassen betreffen. Düsseldorf stellt den Antrag, daß die Lokalkassen unterliegen der Genehmigung des Zentralvorstandes unterliegen sollen. Dies ist nach meiner Ansicht eine Belastung für den Zentralvorstand wie für die Zahlstellen selbst und für beide Teile von keinem besonderen Vorteil. Ich glaube, daß doch jede Zahlstelle soviel finanzielle Kenntnisse besitzt, daß sie ihre Lokalkasse selbst verwalten kann, und Einnahmen und Ausgaben mit einander in Einklang bringt. Sollte eine Zahlstelle bei Einführung eines Lokalkassentages im Zweifel sein, wie sie die Unterstellungen gestalten kann, so sind andere Zahlstellen sowie der Zentralvorstand sicher gerne bereit, ihr mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Was dann die Zugehörigkeit zum Verband oder zur Zahlstelle betrifft, finde ich es doch für selbstverständlich, daß das bei der Lokalkassentätigkeit keine Rolle spielen darf. Wir halten es in unserer Zahlstelle so, daß jeder, auch ein zugereifter Kollege und wenn er auch erst einen Beitrag in unsere Zahlstelle bezahlt hat, die gleiche Unterstützung bekommt wie jeder andere. Hier muß eben Kollegialität und nicht Egoismus geübt werden. Kommt auch ein zugereifter Kollege einmal ein paar Mark mehr aus der Lokalkasse, so wird dies nichts schaden und der Kollege wird dann sicher ein treueres und eifrigeres Mitglied, als wenn er sich etwas stiefmütterlich behandelt glauben könnte.

Was dann den Antrag Gildesheim betrifft, glaube ich, daß sich dies gar nicht durchführen läßt, solange auch die Lokalkassen nicht einheitlich gestaltet sind. Eine Zahlstelle mit 5 Pfg. Lokalkasse und eine mit 10 Pfg. können doch sicher nicht die gleichen Unterstellungen bezahlen.

Den von Bochum gestellten Antrag möchte ich voll und ganz unterstützen. Wenn eine Zahlstelle die Selbstverwaltung der Lokalkasse hat, so wird sie auch sicher bemüht sein, so häuslich zu wirtschaften, daß auch für den Fall eines Kampfes die Kasse gefüllt dasteht. Ich glaube, daß die Selbstverwaltung gerade eine Zwickfeder bei den Zahlstellen bildet, denn wenn bei der Quartalsabrechnung Zahlstellen mit ganz ansehnlichen Summen fungieren, so muß das auch gewiß andere antreiben, ihre Kassen zu stärken. Aus den wenigen angeführten Gründen bin ich der Ansicht, daß der 6. Verbandstag sich nicht mit diesen Anträgen befaßt, sondern die kurze Zeit zu wichtigeren Beratungen benutzt.

Primus Mücke, Gurlowangen.

Könnte der Verbandstag nicht beschließen, daß auf dem Lande weder Anlagsunterstützung noch Reisunterstützung beansprucht wird, weil die Kollegen hier ihren ständigen Wohnsitz haben, einen neuen Passus in Status zu schaffen, der etwa lautet: „Bei verheirateten Kollegen erhält die Frau bei schwerer Krankheit die nämliche Unterstützung wie der Mann.“ Auf dem Lande ist ein schlechter Verdienst und herrscht bei der Krankheit der Frau die nämliche Not, wie bei der Krankheit des Mannes.

Jacob Fischer, Steinbach (Pfalz)

Was die Anträge zum Verbandstage auf Erhöhung der Beiträge auf 60 Pfg. wöchentlich anbelangt, so werden wohl die schlesischen Zahlstellen mit ihren gering entlohnten Kollegen sämtlich dagegen sein. Wollen die Zahlstellen, in denen ein besserer Durchschnittsverdienst erzielt wird, höhere Beiträge zahlen, so mag der Staffelleitrag eingeführt werden. Ebenso werden wohl auch die kleineren Zahlstellen dagegen sein, daß von dem 50 Pfg.-Beitrag der ganze Betrag an die Zentrale eingekandt wird. Wie sollen denn die Zahlstellen dann noch die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder betreiben? Daß es möglich sein wird, überall noch Lokalkassenträge von 5 bis 10 Pfg. zu erheben, bezweifle ich. Ich bin in verschiedenen Orten agitatorisch tätig gewesen, wo die Kollegen noch 12-16 Mark im Durchschnitt verdienen und hier ist den Kollegen ein Wochenbeitrag von 50 Pfg. schon zu hoch. An den Delegierten wird es liegen, ob wir diese Kollegen weiter ihrem Schicksal überlassen oder ob wir ihnen die Bruderhände reichen und Gelegenheiten geben, sich zu organisieren. Hätten wir Staffelleiträge von 35-40 Pfg., so bin ich überzeugt davon, unser Verband hätte eine größere Mitgliederzahl. Denn viele der Kollegen, wie oben angeführt, würden sich uns anschließen, wenn der Beitrag für sie zu erdimmungen wäre. Viele Kollegen werden vielleicht den Kopf schütteln und dieses für ungläublich halten. Aber einige Besuche, in kleineren schlesischen Orten würden von der Richtigkeit des Gesagten überzeugen. Daß nun gerade solche schlecht bezahlten Orte uns große Schwierigkeiten bei Verhandlungen in den besser bezahlten Orten machen, ist klar, denn stets weisen die Arbeitgeber auf die Konkurrenz, die von solchen Orten kommt, mit Recht hin. Also nochmals: diesen Kollegen Gelegenheiten geben, sich zu organisieren und dann im Verdienst das Bekümmerte nachholen, muß die erste Aufgabe des Verbandes sein.

Betreffs der Agitation möchte ich einige Winke geben. Auf unserer letzten Bezirkskonferenz in Ca. wurde der Bezirk in einige Gruppen geteilt, so daß je 5-6 Zahlstellen einen Bezirksvorstehenden resp. einen Agitationsvorsteher bekamen. So schon diese Einteilung war, ist ihr aber doch wohl noch kein großer Erfolg anzusprechen. Es mag wohl größtenteils daran liegen, daß die einzelnen Ortskräfte zu wenig Fühlung miteinander hatten. Ich würde nun folgenden Vorschlag machen: Die einzelnen Zahlstellen haben an die Bezirkskasse pro Mitglied und Vierteljahr 5 Pfg. zu entrichten. Alle Vierteljahre sind die betreffenden Ortskräfte einmal zu einer Konferenz zusammenzuführen, die vom Bezirksleiter einberufen und geleitet wird. Auf dieser Konferenz müßten dann in kurzweilige Vorträge

Offener Brief. In den Tageszeitungen des Ruhrreviers war vor ca. 14 Tagen folgender „Offener Brief“ zu lesen:

Offener Brief an den Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung, Herrn v. Schmiedehaus, Essen-Ruhr. In der Nr. 21 der von Ihnen verantwortl. gezeichneten Zeitung ist in einem Artikel „Zum Kampf im Baugewerbe“ unter anderem folgendes zu lesen:

„Wir „Christlichen“ sind doch bessere Menschen wie die „Ariener“, so sagten die „Christlichen“, und man hätte es auch allgemein angenommen. Sehr bald mußte man aber erfahren, daß dies nicht der Fall war und gerade die „Christlichen“ die radikalsten Forderungen stellten. Sie verrieten auch sehr bald ihre wahre Gesinnung. Das mußte ein Arbeitgeber in Bochum erfahren. Dort wurde in einer Schreiner-Versammlung von dem Redner wörtlich gesagt, daß die Arbeiter allein das Recht hätten, über Löhne, Arbeitszeit, Verhalten im Betrieb usw. zu bestimmen. Als hierauf der Vertreter des Arbeitgebers erwiderte, daß nach diesen Äußerungen der Arbeitgeber wohl nur das Recht habe, für Arbeit und Geld zu sorgen, die Verbände dagegen alles andere zu bestimmen hätten, wurde von allen Seiten gerufen: diese Auffassung sei ganz richtig; würden die Arbeiter dabei nicht gut ausgeführt, dann solle der Unternehmer mehr Beamte anstellen. In dieser Versammlung vertraten also die christlichen Verbände denselben sozialistischen Standpunkt, wie auch die Sozialdemokraten selbst. Bewiesen ist, daß bei der Stellung von Streikposten das Verhalten der „Christlichen“ viel gewöhnlicher ist, wie das der „Ariener“.

Es ist nicht meine Sache, mich in den Kampf im Baugewerbe einzumischen. Aber Ihr Artikel enthält schwere Vorwürfe gegen die christlich organisierten Angehörigen des Schreinerhandwerks, welche in einer Schreiner-Versammlung zu Bochum sozialdemokratische Forderungen geäußert und dadurch, wie Sie folgern, sich auf einen sozialdemokratischen Standpunkt gestellt haben sollen. Da diese Behauptungen völlig unkontrollierbar sind und ebensowohl aus der Luft gegriffen sein, wie auch eine Entstellung wichtiger Vorgänge enthalten können, ersuche ich Sie hierdurch, den Tag und den Ort jener Versammlung, den Redner und auch den Vertreter des Arbeitgebers anzugeben, damit ich in der Lage bin, die Behauptungen auf ihren wahren Gehalt prüfen zu können. Ich nehme an, daß Sie, bzw. Ihr Gewährsmann, dazu in der Lage sind. Sie wie auch jeder ruhig und gerecht denkende und urteilende Mensch werden einsehen, daß man solche Behauptungen, welche geeignet sind, das Ansehen einer Berufsorganisation zu schädigen, auch beweisen können muß.

Bochum, 23. Mai 1910. Christian Schmid, Bezirksleiter des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands.

Dieser offene Brief wurde nicht nur in der Tagespresse veröffentlicht, sondern auch Herrn Schmiedehaus per Einschreibebrief zugehellt. Eine Antwort darauf ist bis heute noch nicht erfolgt, obgleich Herr Schmiedehaus reichlich Zeit dazu gehabt haben dürfte. Will Herr Schmiedehaus den Vorwurf ruhig einstecken, daß es sich bei seinen Äußerungen um „Verdächtigungen ganz gewöhnlicher Art“ handelt? U. A. m. g.

„Je trümmert, je trümmert“, behauptet die „Holzarbeiter-Zeitung“. Desio schreiner ist, daß die „Ariener“ noch „trümmert“ können als die „Trümmert“. Folgender Brief, der an die Redaktion des „Reich“ gerichtet war, mag's beweisen:

„In dem jüngsten Bericht den heute unser Vorwärts nachgedruckt hat steht derselbe sehr schön. Ich war nämlich auch mit manig in Bochum. Aber von wegen gewisse Stillschlagen hat mit die Jahre geklappt ist Schwindel. Ich will Ihnen was in die Stammbuch schreiben. Ich das die Schwindel unterbleibt. Gewisse Stillschlagen hat nämlich ein falsches Gebis und ist dabei wohl klappern ausgeschlossen. Weisheit haben Sie denn und Ihre Blase im den Abend einen Juden geschwupfen. Ein jeder aufgeklärte Genosse der ein bischen Bildung im Leibe hat weiß das Stillschlagen mag die Diffamieren ist, daß doch jeder Mensch nach seiner eingebildeten Überzeugung leben lassen. Ich möchte nun noch sagen wie ich von diese Seite von Blase beste. Ich frage Was man sich keinen parlamentarischen anstand davon. Und damit sie auch von mir als politisch geschulten Gegner und Schilbeter die Achtung nicht einbüßen behalt ich mich meine überzeugten Ansichten vor mir. Ich habe nämlich 6 Stund Anrede in die Arbeiterbildungsschulgenossen und will mir nun meine Bildung nicht begeben. Wenn sie aber als Schilbeter noch was an Bildung und hohe Politik was lernen zu beabsichtigen gehen Sie in die Arbeiter-

bildungsschule und fragen sie am ende auch noch etwas von weg davon. Hoch die Sozialdemokratie.

Mit Achtungsvoll A. B. Rohrleger.

Der Mann, der das schrieb, ist in Berlin zu Hause. Ausgerechnet Berlin, der Metropole der soziald. Intelligenz. Ja, diese Berliner! Wenn die Menschheit nur wüßte, was die Sozialdemokratie aus ihnen gemacht hat.

Eine dumme Bemerkung nennt die „Holzarbeiterzeitung“ unsere in Nr. 20 des „Holzarbeiter“ wiedergegebene Ansicht, daß sich „die Blüte und der Wohlstand unseres Gemeinwesens“ und die „Expropriation der Expropriateure“ doch wohl schlecht zusammenreime. Nach einem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ soll die fachtechnische Weiterbildung der Arbeiter nämlich zu beiden Zwecken gut sein. Nach der „H.-Z.“ ist bisher noch von niemanden behauptet worden, daß die Existenz von Expropriateuren, d. h. „von Leuten, die ohne selbst zu arbeiten sich den Ertrag der Arbeit anderer aneignen, zum Wohlstand des Gemeinwesens beiträgt.“ Das behaupten auch wir nicht, wenn die Meldung der „Holzarbeiter-Zeitung“ richtig wäre, daß die sog. „Expropriateure nur „Drohnen der Gesellschaft“, die „sich vom Schweiß der Arbeitsschienen nisten“ und „Nichtstuer“ wären. Das sozialdem. Programm redet aber allgemein von einer „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. Von Ausnahmen ist da keine Rede. Und das alle Besitzer von Produktionsmitteln „Nichtstuer“ und „Drohnen“ sind, wird auch wohl niemand behaupten können. Bestehen bleibt eben die Tatsache, daß der Besitz an Produktionsmitteln zur kulturellen Fortentwicklung der Gesellschaft und damit zu ihrem Wohlstande wohl am meisten beiträgt. Die „dummen Bemerkungen“ von den „Nichtstuer“ und „Drohnen“ ändern daran nichts. Die Auswüchse des Kapitalismus mit der „Expropriation“ allen Besitzes zu beseitigen, bedeutet für den „Wohlstand der Gesellschaft“ ungefähr dasselbe, als für einen Menschen die Befreiung von Zahnschmerzen durch einen Heilvolverschuß in den Mund.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis in Hamburg soll nach der „Eiche“ (Nr. 21) zu einem Kampfe gegen den H.-D. Gewerksverein der Holzarbeiter ausgewachsen sein. Bei der Firma Steinweg & Söhne soll nämlich gestreikt werden, weil die Firma den Arbeitsnachweis des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes übergangen und H.-D. Gewerksvereiner eingestellt hat. Wenn dem so ist, bemerkt der Artikelschreiber nicht mit Unrecht, wäre es Selbstmord für die Firsch-Dundersche Organisation, wollten ihre Mitglieder mitstreifen, um die Anerkennung des sozialdemokratischen Arbeitsnachweises zu erzielen. Auf alle Fälle haben die nichtsozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter als ehrliche Anhänger eines wirklich partiiatischen Arbeitsnachweises die Pflicht, den sozialdemokratischen Bestrebungen in der Arbeitsnachweisfrage die größte Beachtung zu schenken. Die Partiiat wird auf jener Seite nur zu gern dort vorgehoben, wo sie den eigenen Interessen am besten entspricht.

Soziale Rundschau.

Christentum und Sozialdemokratie. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress, der jüngst in Chemnitz stattfand, referierte der Leipziger Pastor Liebster über Christentum und Sozialdemokratie in einer Weise, die die schärfste Kritik aller christlich gesinnter Elemente herausfordert, denen eine theologische Auffassung des Wesens der Sozialdemokratie fremd ist. Während Liebster in seinen Leitfäden erst erklärt, daß Christentum und Sozialdemokratie keine Verbindung eingehen könnten, erklärt er einige Sätze weiter, daß durch Aussprachen die beiderseitigen Gegensätze ausgeglichen werden könnten. Mit vollem Recht bemerkt der konservative Reichsbote zu den Liebster'schen Ausführungen:

Was hat das alles für Funktionen! Die Sozialdemokratie prediziert den Materialismus und die naturalistische Weltanschauung, weiß das Christentum und die christliche Weltanschauung nicht. Das haben die Sozialdemokraten auch gleich in den Besprechungen getan, die sie in mehreren Kololen in Chemnitz abhielten. Diese sozialistischen Pastoren erreichen nichts als eine Abspaltung und Verleugnung des Christentums. Die Sozialdemokraten aber sagen: Wer überzeugter Sozialdemokrat sein will, der muß — wie Herr Schöke erklärte — aufhören, Christ zu sein. Alle solche Ausführungen können nur dazu führen, unsere

Stellung gegen die Sozialdemokraten zu schwächen, ihr den Gehalt des Rechts und der Wahrheit, des Idealismus zu geben, während die Sozialdemokratie statt Liebe den Haß erregt, den Unfrieden, die Aufhebung des Eigentums und seine Verwandlung in Staatsbesitzum erstrebt und das alles auf Grund des Naturalismus, während das Christentum sich auf den Boden der natürlichen und gesellschaftlichen Ordnung stellt und durch seine Anschauungen die Menschen und die sittliche Entwicklung des Menschen, seiner sozialen Beziehungen, durch seine Lehre von der sittlichen Natur der Arbeit und der Freiheit der Gotteslieblichkeit die Gesellschaft und den Staat im Sinne der christlichen Kultur fortentwickelt während die die nichtchristliche Welt beherrschende naturalistische Weltanschauung liberal Sklaverei und kulturellen Niedergang im Untergang gebracht hat. Unsere Aufgabe ist nicht Diskussion der Sozialdemokratie, sondern Verwirklichung unserer christlichen Weltanschauung durch die Tat. Der in Taten des praktischen Lebens umgesetzte Glaube ist es, der die Welt überwindet, wer sie sich ihm nicht aus Bosheit widersetzt und dann zugrunde geht. Wenn Hr. Liebster die Verührung von Christentum und Sozialismus darin findet, daß beide nach Mehrwertung streben, das Christentum nach himmlischer, der Sozialismus nach irdischer Mehrwertung, so ist das völlig falsch. Das Christentum ist nicht so einseitig, daß es die irdischen Dinge und ihre Mehrwertum vernachlässigt, sondern ein treues, fleißiges Arbeiten fordert, ob auch der Arbeit ihren höheren Wert gibt, indem es ihr den höchsten Charakter verleiht, wodurch die erst ihren vollen Kulturwert erhält. Der Naturalismus drückt die Arbeit auf die Stufe des Tieres hinab, dessen Arbeit lediglich im Suchen des Futters und in der Verteilung des Futterplatzes besteht.

Dem stimmen wir voll und ganz zu. — Uebrigens sind die liberalen Theologen vom Schlage Liebster's, (es gibt auch andere) ganz sonderbare Käuze. Mit den Sozialdemokraten liebäugeln sie, während ihnen die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Grauel ist. Auf christlich-nationaler Seite seien sie Mücken und auf sozialdemokratischer Seite schluchzende Kamele“ sagt recht drastisch die christlich-soziale Wochenchrift, „Die Arbeit.“

Aus dem gewerblichen Leben.

Submissionsblüten. Für die Mobilienlieferung der Gemeindeschule in Berlin an der Thornestraße waren am 11. Juni zur Submission zugelassen worden. Die teuerste (H. Fischer) forderte 17 507,00 Mk., die billigste (Br. 9508,25 Mk. — Für Bautischlerarbeiten an der Städtischen Gasanstalt wurden verlangt: Los I 1681,00 Mk. bis 1084,00 Mk., Los II 4578,00 Mk. bis 3185,00 Mk., Los III 4048,50 Mk. bis 2881,00 Mk. Vor zwölf Jahren wurden die gleichen Arbeiten schon einmal hergestellt und zwar für 1400, 4300 und 3900 Mk. Die Tischlermeister können heute also noch ebenso billig, wie vor einem halben Menschenalter.

Briefkasten.

Der Stoff häuft sich derart, daß die nächsten Nummern achteilig erscheinen müssen. Die vorliegende Nummer kann wiederum nicht alle Einwendungen fassen.

Allgemeine Konferenz der christlichen Gewerkschaften des Niederrheins

einberufen. Dieselbe beginnt morgens 10 Uhr und tagt in Saale des Herrn Jakob Soffens, Hartstraße.

Tagesordnung:

- 1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften im Niederrhein.
2. Die prinzipielle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.
3. Unsere nächsten Aufgaben.

Zu dieser Konferenz können die Geschäftsstellen des Niederrhein Delegierte entsenden. Die Zahl der Delegierten ist unbeschränkt, jedoch müssen die Lokalkassen die Kosten hierfür übernehmen. Das Gebiet, für das die Konferenz stattfinden soll, erstreckt sich nur auf den engeren Niederrhein. Als solches ist gedacht, im nördlichen die Gegend von Herdingen, Crefeld, Radenkirchen und wärts nach Cleve- und rechtsrheinisch der Kreis Nees. Je weiteren Auskunft ist der Unterzeichnete gerne bereit.

J. A.: Gerh. Sammann, Düsseldorf, Hagenerstraße 19.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Lötzen in Anhalt.
Gibt die Schulzeit der Hande u. Reparaturschule (Reparatur) und Schlosserei.
Programme frei nach die Direktion.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerb. Zeichnen
Esterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Anschluss durch die Direktion.
B. Kolscher.

Möbelschreiner
auf feinste Arbeit gesucht.
Hochfeinster Fernand Stadler, Jahnstr.

Tischler-Fachschule
Blauenburg a. Harz
abgegebene Ausbildung als Meister, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reinking.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Tischler für Tischler“, 150 Seiten stark, gebunden Mk. 5. In beziehen von Direktor Reinking, Blauenburg a. Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Gross-Hilf- u. Zeichen-Ma. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

für Schreiner.
Grosch möbeld. Möbelwerk, 300 Stk.
1-10 für ca. 60 Jahre, in Farbe, für nur 8 Mark abzugeben. Paul Raab, Kölnstr.
Düsseldorf, Postfach 45.

Eingelegte Fourniere
für Küchliche, Schatullen, Säulungen.
Maßstab gegen 20 Bg. in Briefmarken.
Bestreife Anerkennungsbescheide.
Erfolgt. Biler, Barquetier, Heidelberg.
Theaterstraße 7.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Hürnberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. E. Kuhn

Tüchtiger tüchtiger Korbmacher
für geschickte Arbeit bei hohen Löhnen
sofort gesucht.
Bach & Buchhorn.
Dierdorf, De. Gollig.

Schreiner-
Werkzeuge: Feinhol, kleine Holzwerkzeuge, amerik. Schreibmaschinen, sowie viele andere Maschinen. Katalog gratis und franko.
HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Versandhaus.
Hagen i. W.

Ein tüchtiger
Modeldrechsler
findet auf sofort in einer norddeutschen Stadt dauernde Stellung.
Beschreibungen an die Geschäftsstelle des Bundes, Köln, Palmstraße 14 erbeten.

Möbelschreiner-Gesuch.
10 tüchtige Schreiner auf feinste Arbeit gesucht.
Schlaf- und Speisezimmer für dauernde und gut bezahlte Arbeit gesucht.
Gebr. Lauffer, Möbelabrik,
Schwennigen a. H.